Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Komp., Nr. 20618. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 140. | Dresden, Sonnabend den 21. Juni 1919. | 30. Jahrg.

Ministerpräsident Bauer.

Das neue Kabinett.

Privattelegramm.

Weimar, 21. Juni.

Gestern abend und diese Nacht hat die Fraktionssitzung eine Klärung der Lage herbeigeführt. Die von den Demokraten aufgestellten Bedingungen, die durch eine Note nach Versailles übermittelt werden sollten, sind auf Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, der sich auch die Zentrumsfraktion angeschlossen hat, zurückgezogen worden. Die Kabinettsbildung war zunächst dem Genossen Dr. David angetragen worden, der sie aber aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hat. Nunmehr steht fest, daß Genosse Bauer die Bildung des Ministeriums übernimmt. Von unsern Genossen verbleiben im Ministerium: Bauer als Ministerpräsident, Wissell als Minister des Wirtschaftsministeriums, Noske, Reichswehrminister, Schmidt, Ernährungsminister, außerdem wird für den freiwerdenden Platz des Reichsarbeitsministeriums der Genosse Dr. Sinzheimer, dessen Kandidatur aber noch umstritten ist, in Vorschlag gebracht. Endgültig zurück treten Scheidemann und Landsberg. Mit der Ausübung der Geschäfte des Ministeriums des Aeußern wird Graf Bernstorff beauftragt werden. Dr. David wird Minister ohne Portefeuille bleiben. Von der Zentrumsfraktion wird Giesberts als Postminister bleiben.

Der bisherige Kolonialminister Bell wird Minister ohne Portefeuille. Für das Reichsschatzamt werden in Vorschlag gebracht von der Zentrumsfraktion Müller-Fulda und Mayer-Schwaben. Das Reichsfinanzministerium wird jedenfalls von Dernburg weiter verwaltet, um die in Angriff genommenen Finanzgesetze möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen. Dasselbe gilt vom Reichsminister Dr. Preuß, damit die Reichsverfassung erledigt wird. Voraussetzung dafür ist, daß die demokratische Fraktion ihre Zustimmung dazu erteilt. Das Reichsjustizministerium dürfte unbesetzt bleiben und kommissarisch von dem Unterstaatssekretär verwaltet werden. Der Zentrumsfraktion ist weiter der Platz eines Beigeordneten im Arbeitsministerium eingeräumt, für welchen Posten der Abg. Becker genannt wird. Die Bestrebungen unsrer Fraktion gehen darauf hin, die Plenarsitzung am Sonntag stattfinden zu lassen. Es ist anzunehmen, daß der Seniorenkonvent auf diesen Wunsch eingeht. Eine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedensvertrages steht fest. Die Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion wird sich dem Beschluß der Mehrheit unterwerfen.

Der Zwang der Stunde.

Die Krise in der Reichsregierung ist noch nicht gelöst. Die Kabinettsbildung steht vor dem Hindernis, daß die drei Regierungsparteien in ihrer Haltung zur Unterzeichnungsfrage gespalten sind. Bei den Demokraten ist nur eine kleine Minderheit für die Unterzeichnung. In den Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums stehen starke Mehrheiten für Unterzeichnung. Wahrscheinlich wird sich also eine Kabinettsbildung aus Zentrumsleuten und Mehrheitssozialisten vollziehen müssen. Das Zentrum möchte die Unterzeichnung noch immer abhängig machen von Bedingungen, die der Entente gestellt werden sollen. Nach einer neueren Berliner Meldung heißt es, daß die Entente einer amerikanischen Auffassung zufolge auch bei neuen deutschen Einwendungen nicht ohne weiteres etwaige Verhandlungen ablehnen würde. Aber auch das gehört zu den vielen Gerüchten, hinter denen meist nichts steckt, als Berichterstattereifer.

Immer bestimmter erscheint uns nur eins: Daß wir auch um eine bedingungslose Unterzeichnung nicht mehr herumkommen, wenn die Entente darauf besteht. Wir können uns in einer geharnischten Protesterklärung gegen die Selbstgerechtigkeit wenden, mit der die Entente andren Völkern gewissermaßen den Stempel der Minderwertigkeit aufdrückt. Wir müssen betonen, daß wir uns nur der brutalen Gewalt fügen und das Urteil über die militaristische Gewaltpolitik von Versailles der gesitteten Welt überlassen. Aber an eine Verbesserung unsrer Situation ist nicht mehr zu denken. Wenn wir den Gegnern ihren Schandvertrag zerknüllt vor die Füße werfen wollten, so würde das den Gefühlen breiter deutscher Volksteile entsprechen. Es wäre eine große Geste der Selbstachtung, aber politisch würde es sich binnen kurzem rächen, denn zu dieser Geste gehörte eine Einmütigkeit des Volkes, die nicht vorhanden ist. Man mag das bedauern, zu ändern ist es damit nicht.

Der Riß geht bereits durch sämtliche Parteien. Denn mögen die norddeutschen Redner auch noch so heroisch und mit sittlichem Pathos auftrumpfen — ihre süddeutschen Anhänger sind bereits umgefallen und halten die Annahme für ein Uebel, dem nicht mehr auszuweichen ist. Unter solchen Umständen bekommt die pomphafte Erklärung „an ihre Wähler", die die deutschnationale Fraktion und die deutsche Volkspartei beschlossen haben, von vornherein einen recht wurmstichigen Rahmen. In dieser Erklärung heißt es:

> Die Annahme dieses Friedensvorschlags bedeutet eine nationale Schmach. Wir verlieren dadurch unsre letzten Freunde in der Welt. Einem zerstückelten Deutschland droht der wirtschaftliche, finanzielle, politische und moralische Tod. Wir stehen vor der Wahl, die ungeheure Lüge von Deutschlands Schuld durch unsre Unterschrift zu bekräftigen oder Deutschlands Ehre zu wahren, die besonders auch durch die Forderung in den Staub gezogen wird, den deutschen Kaiser und andre deutsche Männer vor ein nichtdeutsches Gericht zu stellen. Um unsrer toten Brüder und um der Zukunft unsrer Jugend willen sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum äußersten zu wahren: Deutschlands reinen Namen vor der Welt. Darum lehnen wir den Friedensvertrag ab.

Es wäre zu dieser agitatorischen Fassung eines an sich berechtigten Protestes viel zu sagen, wenn wir es nicht schon oft genug gesagt hätten und wenn die Stunde nicht zu groß wäre, als daß man Lust hätte, sich mit deutschnationalen Parteiphrasen herumzuschlagen. Es genügt, angesichts dieser Empfehlung an die Wähler — den weiter ist es nichts! — darauf zu verweisen, daß wir der völligen Zerstückelung Deutschlands nur noch durch die Unterzeichnung entgehen können, daß ein Einmarsch der Gegner vor allen Dingen darauf abzielen würde, Deutschland in seine Einzelstaaten aufzulösen. Und was Deutschlands reinen Namen anbelangt, so war er bisher bei den Kriegshetzern der verhängnisvollen Augusttage, bei den Gewaltpolitikern von Brest-Litowsk, bei den Annexionisten, die Belgien schon im September 1914 für deutsches Land erklärten, in denkbar verdächtigen und kompromittierten Händen. Laßt wenigstens in solcher Stunde solchen Theaterdonner!

Der Vertrag wird unterzeichnet werden, wie sich Deutschland auch drehen und wenden mag. Die Drohung mit der Nichtunterzeichnung hatte nur Sinn, so lange man an einen einmütigen Widerstand des deutschen Volkes, an eine einheitliche Wallung von Dauer glauben und damit den Gegnern drohen konnte. Die Unabhängigen, die vom ersten Tage des Vertrages an der Welt in die Ohren schrieen: „Wir müssen unterzeichnen!" — sie haben dafür gesorgt, daß diese Einhelligkeit im Keime geknickt, daß unsre Drohung im Westen nicht ernst genommen, daß den ententistischen Nationalistenblättern das Handwerk erleichtert und unsern französischen Genossen der Kampf gegen Clemenceaus Diktaturfrieden erschwert wurde. Heute liegt die Situation so, daß selbst Genosse Stampfer, der sich im Vorwärts bis zum letzten Augenblick unermüdlich gegen die Annahme des Sklavenvertrages gewehrt hat, nunmehr erklärt: „Die Unterzeichnung ist eine moralische Katastrophe. Aber diese Katastrophe ist jetzt unvermeidlich geworden."

Wir warten auf das Kabinett der Unterzeichnung, das in diesen Stunden vielleicht schon zusammengestellt ist. Was uns dann die nächsten Tage bringen werden, können wir nur hinnehmen mit geballter Faust, mit Scham und Zorn im Herzen — und mit der Hoffnung, daß die Entwicklung eines Tages über die imperialistische Kurzsichtigkeit der westlichen Kapitalistenstaaten hinweg rollt.

•

Unsre Nahrungsmittelvorräte.

Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt v. Braun hat einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung erklärt:

Während die Folgen der Friedensbedingungen der Gegner besonders die Abtretung der Gebiete im Osten Hunger und Not auf Jahre hinaus bedeuten, liegt eine momentane Gefahr für die Volksernährung im Falle der Nichtunterzeichnung nicht vor. Mit unsern Getreidevorräten reichen wir dank der günstigen Aufbringung im Inlande und mit einer jetzt gesteigerten Einfuhr von ausländischem Getreide und Mehl ohne Verkürzung der Rationen bis zur neuen Ernte aus. Eine Frühdruschaktion, entsprechend den Vorjahren, da mit die neue Ernte rasch in die öffentliche Hand kommt, bietet nach den Erfahrungen der Vorjahre keine besonderen Schwierigkeiten. Auch die Kartoffelversorgung kann im allgemeinen bis zur Frühkartoffelernte aufrecht erhalten werden, da durch die Einfuhr besonders aus Holland und Dänemark sich die Lage wesentlich gebessert hat. Die Fleischversorgung wird freilich zunächst mangelhaft bleiben, könnte aber auch bei Offenhaltung der Grenzen nicht gebessert werden, da in der ganzen Welt Fleischknappheit besteht. Es ist aber zu erwarten, daß sich die Fleischversorgung im Inlande bessert, sowie das Vieh von den Weiden kommt. Jedenfalls würde hier die Blockade keine Verschlechterung des jetzigen Zustandes bedeuten. Die Speckzulagen können aus den eingeführten Mengen noch bis August aufrechterhalten werden, auch wenn zunächst keine weiteren Zufuhren kommen sollten. Ebenso ist die Versorgung im bisherigen Umfange gesichert, da auch hier die eingeführten Mengen zusammen mit der Inlandsaufbringung für einige Monate reichen. Man kann, so schloß Unterstaatssekretär Braun, keinesfalls sagen, daß uns die Rücksicht auf die Volksernährung zwingen würde, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

•

Aus den Ausführungen des Herrn v. Braun geht zwar hervor, daß in Deutschland genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, die ausreichend wären, vorläufig die Bevölkerung zu versorgen, wenn wir die Unterschrift verweigern. Aber damit ist nicht gesagt, daß wir unsre Großstädte und Industriebezirke auch wirklich vor einer Hungersnot schützen können, weil die Gefahr besteht, daß infolge von Kohlenmangel jeder Nahrungsmitteltransport unterbunden wird.

•

Die Verhandlungen in Weimar.

Berlin, 21. Juni. Am späten Nachmittag tagte gestern im Weimarer Schlosse der interfraktionelle Ausschuß und beschäftigte sich laut Voss. Ztg. mit den Vorschlägen der Demokraten. Deutschland solle die Unterzeichnung von sechs Voraussetzungen abhängig machen:

1. Danzig, Westpreußen und der Netzedistrikt werden dem Völkerbunde unterstellt.
2. Eine allgemeine Revision des Friedensvertrags soll nach zwei Jahren erfolgen.
3. Falls die Feststellung des Höchstbetrages unsrer Entschädigungssumme innerhalb der vorgesehenen Frist von vier Monaten nicht erfolgt, soll von einer dritten unparteiischen Stelle die Höhe dieser Entschädigung festgestellt werden.
4. Vom 1. Januar 1920 an soll Deutschland Mitglied des Völkerbundes sein.
5. Das deutsche Schuldbekenntnis am Kriege ist abzulehnen, ebenso
6. Die Auslieferung von Reichsangehörigen.

Außerdem soll bei der Unterzeichnung erklärt werden, daß dieselbe unter Zwang geschehe. In einer an die Entente abzusendenden Note sollte zum Ausdruck kommen, daß ohne diese Voraussetzungen eine parlamentarische Mehrheit für die Unterzeichnung des Vertrags nicht zu haben sei.

Wie dem Berl. Tagebl. aus Weimar mitgeteilt wird, wäre das Zentrum am Nachmittag einverstanden damit gewesen, daß die von den Demokraten formulierten Wünsche in eine Note aufgenommen würden, die am Abend nach Versailles gehen solle.

Der Lokalanz. meldet zu derselben Sache: Im letzten Augenblick zogen die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu dem demokratischen Antrag zurück und stellten sich auf den Standpunkt, daß bedingungslos unterzeichnet werden müsse. Damit hat der Block als endgültig gesprengt angesehen werden müssen.

•

Berlin, 20. Juni. Nach den in der neunten Abendstunde aus Weimar eingetroffenen Nachrichten stellt sich die politische Lage wie folgt dar: Die Meldung von einem Kabinett Müller ist falsch. Positive Nachrichten über ein neues Kabinett liegen bisher noch nicht vor. In der Nationalversammlung besteht keine feste Mehrheit, auf die sich ein neues Kabinett stützen könnte. Es hat sich herausgestellt, daß keine Partei in sich geschlossen ist und das Kabinett ist daher aktionsunfähig, denn es entbehrt des parlamentarischen Rückhaltes. Es haben sich drei Gruppen gebildet. Die erste Gruppe ist für grundsätzliche Ablehnung, die zweite für grundsätzliche Annahme des Friedensvertrages und die letzte will die Bedingungen der Entente mit noch zu konstruierenden Modifikationen annehmen. Der Reichspräsident hat sich bemüht, eine Mehrheit aus diesen drei Gruppen zusammenzustellen, und er hat darauf hingearbeitet, eine neue Regierung zu schaffen. Es ist ihm bisher noch nicht gelungen. Bei diesem Durcheinander scheinen viele den Ausgang zur Rettung des deutschen Volkes in einer Diktatur zu sehen. Selbstverständlich handle es sich nur um den Wunsch und nicht etwa schon um einen Schritt zur Herbeiführung dieser Maßnahme. Eine rein sozialistische Regierung hätte zur Zeit keine Mehrheit hinter sich. Der kritische Tag (das ist Montag) wird das deutsche Volk in einem chaotischen Zustand vorfinden. Selbstverständlich wird alles versucht werden, um bis dahin eine aktionsfähige Regierung zu finden.

•

Nachgeben des Verbandes?

Köln, 21. Juni. Wie der Vertreter der Köln. Ztg. in Weimar hört, hat der Reichsminister Erzberger bereits mit dem Verband Fühlung genommen und in Versailles angefragt, wie sich der Verband stellen würde hinsichtlich einer Nachgiebigkeit in den bekannten Punkten, die die Ehre der deutschen Nation antasten. Daraufhin hat einstweilen der Verband unverbindlich durchblicken lassen, daß er einem Nachgeben in dem „Point d'honneur" nicht abgeneigt sei. Auf Grund dieser Fühlungnahme sei jetzt ein offizieller Schritt in dieser Richtung unternommen worden. Man hofft, bis Montag eine Antwort des Verbandes zu haben, und dann will man ein Kabinett bilden, dem auch die Demokraten wieder angehören sollen.

•

Die Gliedstaaten und der Friedensvertrag.

Karlsruhe, 21. Juni. Die badische Arbeiterschaft ist mit weiteren Kreisen des badischen Volkes der Auffassung, daß aus zwingenden Gründen eine Unterzeichnung des Friedensvertrags nunmehr notwendig geworden ist. In diesem Sinne haben sich die sozialdemokratische Mehrheitspartei, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die Landeszentrale der badischen Gewerkschaftskartelle und die Landeszentralstelle der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens telegraphisch an die sozialdemokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung in Weimar gewendet. Auch die amtliche Karlsruher Zeitung gibt der Meinung Ausdruck, daß die Mehrheit der badischen Bevölkerung für die Unterzeichnung des Friedensvertrags ist.

Weimar, 21. Juni. Die bayerische Regierung hat beschlossen, daß sie nur einer bedingten Bejahung des feindlichen Friedensvertrags zustimmen könnte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190621/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG